

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Monat 2,- RM. Bei halbjährlicher Bestellung 10,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postgebühren, Poständerungs- und Geschäftsstellenänderungen entfallen. Im Krieg oder sonstiger Notlage überträgt sich das Verlagsrecht. — Nachdruck ohne schriftliche Genehmigung ist strafbar.

Abzugssteuer: die 8 Proz. alten Steuern 20 Proz., die 40 Proz. alten Steuern 25 Proz., die 40 Proz. alten Steuern 40 Proz. Die 40 Proz. alten Steuern im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 40 Proz. alten Steuern im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 40 Proz. alten Steuern im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 259 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Wilsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2840      Freitag, den 4. November 1932

## Zaleski's Sturz.

Immer mehr sichtet sich der Kreis jener Staatsmänner, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts in Genf vor oder hinter den Kulissen eine politische bedeutende Rolle spielten. Strefmann ist tot und sein Gegenspieler Briand folgte ihm nicht allzu lange Zeit später ins Grab. Außen Chamberlain, der vielgewandte und sich oft wendende Vertreter des konserverativen Englands, ist sozusagen politisch verschollen — und nun hat auch Herr Zaleski, Polens langjähriger Außenminister, recht plötzlich ins politische Gras beiseite gemüht. Das geschah außerdem in einem Augenblick, da der Motor aufhört, man darf vielleicht sagen: weltpolitischen Geschehens mit höchster Tourenzahl arbeitet und gerade Zaleski an der Einschaltung dieses Tempos eifrig mitgewirkt hat.

Die durchaus nicht verhüllte Diktatur Pilsudski's in Polen läßt natürlich die Vermutung zu, daß bei der überraschenden Abjagung des bisherigen Außenministers und bei seiner Ersetzung durch einen der intimsten Vertrauten des Diktators allerhand persönliche Gründe mitgesprochen haben. Sein Nachfolger, der jugendliche Oberst Beck, war früher Pilsudski's Adjutant und sprang von hier aus empor auf den Posten des Staatssekretärs im Warschauer Auswärtigen Amt, nachdem er vorher ein kurzes Gastspiel in Paris als polnischer Militärattaché gegeben hatte, um sich auf diese Weise in die Diplomatie hineinzuwühlen. Da aber für Zaleski selbst die französische Hauptstadt, genauer gesagt: der Quai d'Orsay, also das dortige Auswärtige Amt, den Drehpunkt der polnischen Außenpolitik darstellte, stand der bisherige Außenminister Polens mit einem Fuß immer in Paris und zog sehr oft und stets dann auch den anderen Fuß nach, ehe wieder einmal in Genf der Vorhang vor der dortigen politischen Bühne hochging. Das Zusammenspiel mit dem großen französischen Partner klappte denn auch meist ganz ausgezeichnet.

Aus dieser seiner sechsjährigen Tätigkeit kennen wir Deutschen Herrn Zaleski ja besser als uns lieb ist! Und so schmerzlich es für uns ist, dies feststellen zu müssen, — Zaleski hat es in den letzten unzähligen Fällen, in denen nicht bloß von amtlicher deutscher Seite, sondern auch durch die deutschen Vertretungen und Organisationen in Polen Angriffe auf ihn wegen der schandbaren Deutschlandsverfolgung von Ostoberschlesien bis hinauf zum Kordiller unternommen wurden, mit Geduld verstanden, diese Beschwerden in Genf verjagen zu lassen, selbst dann, wenn das schreiendste Unrecht seines Staates offen vor aller Welt vorhanden war. Spätere Niederlagen Polens vor dem Haager Staatsgerichtshof nahm man in Warschau weiter nicht tragisch, weil den Herren Richtern jede Möglichkeit dafür fehlte, ihre Entscheidung durchzusetzen oder durchzuführen zu lassen. Derartige Hindernisse umging Zaleski dann auf trüben Wegen oder ließ sie geradeswegs mit Gewalt beseitigen. Ihm haben sie niemals erhebliche Sorgen gemacht; um so süßlicher entquollen seinem Munde die üblichen Genfer Phrasen von „Völkerverständigung“ und dem Geist der internationalen Verständigung“. Mit dem Öl dieser Rhetorik versuchte und verstand er es, die etwaigen Stürmchenwogen im Genfer Wasserglase schnell zu beruhigen. Stand doch hinter ihm als starker Helfer die französische Freundschaft. Da war es leicht, den Kampf gegen Deutschland zu führen und für Frankreich die Waage im Osten zu halten. Sprach doch auch Briand einmal von dem „lästigen Treiben“ der Widerarbeitende in Genf!

Genau hat Zaleski in seiner Politik strategisch und taktisch dem leisesten Winke gehorcht, der von Pilsudski's Hand kam. Aber es scheint fast, als ob er dem Diktator zu eng und zu tief in die Maschen der größeren, der kontinental-europäischen Politik Europas verstrickt sei und darüber näherliegende Probleme der polnischen Außenpolitik mit lästigerer, wenig erfolgreicher Hand bearbeitete. Zwar hat er den Richtungsgriffspakt mit Rußland unterzeichnet, aber die Vorbedingung für dessen Inkrafttreten — Rumäniens gleichzeitiger Abschluß mit der Rostauer Regierung — wurde wegen des Streits um Westarabien nicht erfüllt. Auch die Beziehungen zu Frankreich begannen etwas kühler zu werden; die französische Militärmission verließ Warschau und kurz darauf erhielt man dort die schmerzliche Mitteilung, daß die Pariser Regierung bzw. die dortigen Großbanken sich vorläufig nicht an der Lage sahen, die zweite Teilzahlung für den Bau der Bahn von Ostoberschlesien nach Gdingen zu leisten. Zaleski scheiterte mit seinem Vorschlag an Herriot, der Betrag solle doch einfach im französischen — Staatshaushalt als Ausgabe eingestrichelt werden; denn dafür zeigte Herriot eine bemerkenswerte kalte Schulter.

Alarmnachrichten kommen in jüngster Zeit auch über eine erhöhte polnische Aktivität gegen Danzig. Warschau wendet also seinen Blick außerhalb mehr auf seine „nähere Umgebung“. Und eine solche Konzentration auf die unmittelbare, rein machtpolitische Expansion ist möglicherweise auch der Grund dafür gewesen, dem „Zivilisten“ Zaleski das Amt zu entziehen und es einem Militär zu übertragen. Der dürfte mit größerer Unbedenklichkeit das schwelende Feuer an der Reichsel zur Flamme emporlodern lassen!

## Berlin ohne Verkehrsmittel.

### Verkehrsstreik in Berlin.

Unter Führung von Nationalsozialisten und Kommunisten. Rund zwei Millionen Berliner müssen alltäglich die Straßenbahn, die Autobusse oder die U-Bahn benutzen, um zur Arbeitsstelle zu kommen. Man kann sich die Überraschung vorstellen, als diese Millionen am Donnerstagmorgen an den verschiedenen Haltestellen vergeblich auf ihre Verkehrsmittel warteten, die U-Bahnhöfe verschlossen fanden, und dann in strömendem Regen in oft stundenlangem Marsch den Weg zu Fuß machen mußten. In den Betrieben gab es viel Ärger und Verzögerungen, und gar mancher hat sich bei dem eiligen Lauf ins Geschäft im Regen eine Krankheit geholt, denn bei den meisten Menschen ist heute das Schuhwerk für solche Überraschungen im Herbstregen nicht eingerichtet. Seit Tagen schon hatte man davon gelesen, daß bei der Berliner Verkehrsgesellschaft Lohnstreiks leiten befehlen; es handelte sich um eine Stundenlohnkürzung von zwei Pfennigen. Man hatte auch von Streikzähren gesprochen, aber niemand glaubte ernstlich daran, zumal noch am Abend vorher bekannt wurde, daß eine Urabstimmung der Belegschaft gegen den Streik ausgefallen sei. Seit 1923 hat Berlin keinen solchen Streik mehr erlebt.

In der Nacht zum Mittwoch ist es der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation in der Berliner Verkehrsgesellschaft zusammen mit den kommunistischen Organisationen gelungen, den Streik zu organisieren. Die Gewerkschaften sind gegen den Streik. Als die Massen am Morgen zu den Bahnhöfen kamen, fanden sie vor den geschlossenen Türen nationalsozialistische und kommunistische Streikposten vor. Es ist natürlich auch bald zu Zusammenstößen zwischen Streikwilligen und Streikenden gekommen. Unter dem Schutz von Polizeiantos konnten einige Straßenbahnlinien in Betrieb genommen werden.

In der Öffentlichkeit hat der Streik natürlich gar keine Sympathien, besonders in dieser Jahreszeit nicht. Die wenigsten können sich ein Auto leisten, viele holen ihre Fahrräder hervor, wobei natürlich bei dem starken Autoverkehr große Unfallgefahr besteht. Alte Pferdebedroschen kommen wieder zu Ehren, ja man sah sogar Leute, die sich mit dem Roller fortbewegten. Die ganze arbeitende Bevölkerung wird durch den Streik auf das empfindlichste getroffen, und das Publikum auf der Straße macht seinem Ärger über die Streikurheber auch recht kräftig Luft.

In politischen Kreisen weiß man besonders auf die Tatsache hin, daß die Nationalsozialisten mit den Kommunisten gemeinsam gehen, und erinnert daran, daß die nationalsozialistische Presse gerade dieser Lage kommunistische Geheimdokumente veröffentlicht hat, in denen Streikpläne zur Herbeiführung eines Umsturzes enthüllt wurden. Mel verneint wird auch, daß im Aufbruch der nationalsozialistischen Streikleitung angekündigt wird, daß dieser Streik nur der Anfang zu größeren Aktionen der nächsten Zeit sei, woraus man schließt, daß der Streik mehr politische als wirtschaftliche Absichten verfolgt.

### Wie es zum Streik kam.

In der Nacht zum Mittwoch sollte die Belegschaft der Gesellschaft in einer Urabstimmung über eine von der Direktion geplante Kürzung der Stundenlöhne um zwei Pfennige entscheiden. Dabei wurde von vornherein erklärt, daß sich nach dem Statut der Gewerkschaft zwei Drittel der Belegschaft für den Streik aussprechen mußten, wenn er von der Organisation sanktioniert werden sollte. Von den etwa 22 000 Beschäftigten hatten sich nun bei der Urabstimmung 14 500 für den Streik und gegen die Lohnkürzung erklärt.

Eine Zweidrittelmehrheit war also nicht erreicht worden. Nachdem man zunächst angenommen hatte, daß auf Grund dieses Streikbeschlusses der hauptsächlich von Kommunisten, Nationalsozialisten und Nichtorganisierten besetzten Delegiertenkonferenz es nur zu einigen wilden Teilsstreiks kommen würde, ruhete am Donnerstagmorgen allgemein auf allen Betriebsbahnhöfen die Arbeit. Arbeitswillige, die zu ihrer Arbeitsstätte kamen, mußten wieder umkehren, da die zahlreich aufgestellten

Streikposten ihnen den Zugang verwehrten. Die Polizei hatte auf Anforderung seitens der B.G. die Betriebsbahnhöfe besetzt. Die Mannschafswagen, die, wie üblich, die Belegschaft zu ihrer Arbeitsstätte fahren wollten, wurden trotz polizeilicher Bedrohung mit Steinen beworfen und zum Teil demoliert, so daß sie wieder zurückgezogen werden mußten. Der Betrieb bei der Straßenbahn wurde zunächst teilweise aufgenommen. Das Publikum wurde aber gezwungen, die Wagen zu verlassen.

Man hatte entweder dem Weichensteller die Stange weggenommen oder die Leine der Stromabnehmerstange durchschnitten, so daß die Wagen nicht fahren konnten. Die Wagen wurden teilweise mit Steinen beworfen, so daß Scheiben zertrümmert wurden. Auch hatte man die Weichen mit Sand und Steinen gesperrt. Straßenbahnwagen sind auf verschiedenen Bahnhöfen beschädigt worden.

### Nationalsozialistischer Aufruf für den Streik.

Die nationalsozialistische Betriebszellenabteilung, Gau Groß-Berlin, hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Die Urabstimmung der Personal der Berliner Verkehrsgesellschaft hat in einer überwältigenden Mehrheit den Streik gegen den neuen Lohnabbau beschloffen. Darüber hinaus wird der Streik der B.G. - Belegschaften von der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation als wirtschaftlich berechtigt anerkannt. Es muß endlich einmal Schluß gemacht werden mit der ewigen Lohnkürzerei.

Dieser Verkehrsstreik in Berlin dürfte nicht der Schluß, sondern wahrscheinlich die Auffassung zu größeren Streikaktionen für die nächste Zeit sein.

### Neue Erklärung der NSDAP.

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt zu dem Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft mit: Die Nationalsozialisten lassen es nicht zu, daß unter der Regierung von Papen die Lebenshaltung deutscher Arbeiter auf ein noch tieferes Niveau heruntergedrückt wird als auf Grund einer Notverordnung, die sich anerkanntermaßen lediglich zugunsten der Großbanken auswirkt, ohne daß im übrigen die geringste Aussicht für eine wirkliche Anhebung der Wirtschaft besteht. Die Nationalsozialisten vertreten im Gegenteil den Standpunkt, daß alle weiteren Lohnkürzungen infolge der dadurch bedingten Minderung der Kaufkraft vor allem neue Schädigungen der gesamten Wirtschaft im Gefolge haben müssen. Demgemäß nehmen die Nationalsozialisten das Interesse der Gesamtheit wahr, indem sie sich direkt an dem Streik der B.G. zur Verhinderung dieser wirtschaftsschädigenden Lohnkürzungen beteiligen.

In einer Unterredung zwischen dem Berliner Polizeipräsidenten Meißner, Polizeikommandeur Oberst Posen, Regierungsdirektor Kreisshmar und den zuständigen Regierungsstellen wurde von Regierungsseite die Ansicht vertreten, daß es sich bei dem Berliner Verkehrsstreik um einen ungesetzlichen Streik handle gegen den ein energisches Vorgehen gerechtfertigt sei.

### Gewerkschaften lehnen den Schiedsspruch ab.

In der B.G.-Streikfrage in Berlin wurde folgender Schiedsspruch gefällt: Die Löhne werden für alle Kategorien, mit Ausnahme der Fahrkartenausgeberinnen, um 2 Pfennige gekürzt. Das Lohnabkommen gilt bis 31. Dezember 1932 mit vierwöchentlicher Kündigung. Der Manteltarif wird bis 31. März 1933 verlängert. Er ist sechs Wochen vorher kündbar und gilt im übrigen, falls keine Kündigung eintritt, für ein weiteres Jahr. Die Gewerkschaften lehnten diesen Schiedsspruch ab. Die B.G. hat ihn angenommen.

### Der Schiedsspruch für die Berliner Verkehrsgesellschaft verbindlich.

Der Schlichtungsausschuß für Groß-Berlin hat den B.G.-Schiedsspruch, der von der B.G. angenommen und von den Gewerkschaften abgelehnt worden war, für verbindlich erklärt. Die B.G. wendet sich nunmehr in einem plakatierten Aufruf an sämtliche Arbeitnehmer mit der Aufforderung, die Arbeit bis spätestens Freitag, den 4. November, mittags 2 Uhr wieder aufzunehmen, widrigenfalls die fristlose Entlassung erfolgt.

### Vor dem Ende des Streikes?

Wie von nationalsozialistischer Seite verkündet, werden die nationalsozialistischen Mitglieder der B.G. nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches den Streik nicht weiter führen.

### „Rote Fahne“ und „Welt am Abend“ auf acht Tage verboten.

Die „Rote Fahne“ teilt mit, daß der Verlag des Blattes vom Polizeipräsidenten ein Schreiben erhalten habe, in dem die „Rote Fahne“ auf acht Tage bis zum 12. November (einschließlich) verboten wird. Die kommunistische „Welt am Abend“ ist ebenfalls vom Berliner Polizeipräsidenten bis zum 12. dieses Monats verboten worden.